

Naturschutzrecht-Novelle: Bauernbund sieht Enteignungen und Bürokratenwillkür

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, hat den Entwurf der Landesregierung für die Novelle des Brandenburgischen Naturschutzrechts scharf kritisiert. Anlässlich einer heute im Landtag stattfindenden Anhörung erklärte Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Landwirt aus Wilhelmsaue im Oderland, die geplanten Änderungen würden auf "Enteignungen und Bürokratenwillkür gegen die Landwirtschaft" hinauslaufen.

Besonders stört die Bauern das für Vogelschutzgebiete auf etwa einem Viertel der Landesfläche vorgesehene Entwässerungsverbot in Kombination mit einer über das Bundesnaturschutzgesetz hinausgehenden Regelung, nach der Feuchtwiesen unter Schutz gestellt und aus der Nutzung genommen werden können. "Damit schaffen sich die Behörden ihre Biotope selber", kritisiert Wercham: "Das gesamte Dauergrünland, das bisher über freiwillige Förderprogramme extensiv bewirtschaftet wird, könnte uns auf diese Weise weggenommen werden."

Bei den Vogelschutzgebieten würden darüber hinaus widersprüchliche Erhaltungsziele der Willkür der Behörden Tür und Tor öffnen. So seien in demselben Konzept eine durch Hecken strukturierte Agrarlandschaft und eine offene, weiträumige Landschaft gefordert, merkt Wercham an: "Was wann wo gilt, hängt vermutlich von der Laune des Sachbearbeiters ab." Der Bauernbund verlange deshalb eine Rücknahme aller gegen die Landwirtschaft gerichteten Änderungen.

*Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennowitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>*